Nr. 243 Abend-Ausgabe
B 120

Berlin

Donnerstag, 24. Mai 1928
V

# Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin-Tuvrel. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3965 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

## Das Reichskabinett über Hamburg

### Wann erfolgt der Rücktritt der Regierung?

Das Reichskabinett war heute vormittag versammelt. Zur Erörterung stand der Zeitpunkt der Gesamtdemission der Reichsregierung und die Gaskatastrophe in Hamburg.

Das Kabinett beschloß, zurzeit von einer Demission abzusehen und **„in Aufsicht zu nehmen, am Tage vor dem Zusammentritt des Reichstages dem Herrn Reichspräsidenten seine Demission zu unterbreiten“.**

In dem offiziösen Communiqué, das über diesen Beschluß ausgegeben wurde, wird erwähnt, daß diese Entscheidung „unter voller Zustimmung des Herrn Reichspräsidenten“ getroffen worde nsei. Die Einberufung des Reichstages ist, wie bereits mitgeteilt wurde, für den 12. Juni in Aussicht genommen, der formelle Rücktritt des gegenwärtigen Kabinetts würde nach dem heutigen Beschlusse also am 11. Juni erfolgen.

#### Die Untersuchung des Hamburger Unglücks

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius berichtete über die von ihm veranlaßten Ermittlungen über die Phosgen-Explosion in Hamburg. Das Reichswirtschaftsministerium habe einen Sachverständigen nach Hamburg entsandt mit dem Auftrage, eine eingehende Untersuchung einzuleiten. Das Kabinett prüfte die Angelegenheit vornehmlich unter dem Gesichtspunkt des Kriegsgerätegesetzes vom Juli 1927. Offiziös wird darüber bekanntgegeben:

„In der heutigen Kabinettssitzung ist das Unglück zur Sprache gekommen, das in Hamburg durch die Explosion eines Phosgentanks verursacht worden ist. Neben dem tief bedauerlichen Schicksal der von dem Unglücktroffenen Personen lag für das Kabinett der Anlaß zur Prüfung der Angelegenheit in den Vorschriften, die das bekannte Kriegsgerätegesetz vom Juli 1927 über die Herstellung von Giftgasen und den Handel damit enthält.

Das Kabinett nahm den Bericht des Reichswirtschaftsministers über die von den zuständigen Hamburger Behörden sofort nach dem Vorfall eingeleiteten Untersuchungsmaßnahmen entgegen. Er teilte mit, daß er wegen der weitreichenden Bedeutung des Vorfalls auch von sich aus einen Sachverständigen seines Ressorts nach Hamburg entsandt habe. Bei der Erörterung im Kabinett konnte bereits festgestellt werden, daß die Phosgen-Vorräte der beteiligten Firma nicht für Zwecke oder im Auftrage irgendwelcher militärischer Stellen aufbewahrt worden sind.

*

Vom Phosgen handelt § 8 des Kriegsgerätegesetzes vom 27. Juli 1927. Er lautet:

„Nitrozellulose und Nitroglycerinpulver, Nitroverbindungen mit drei oder mehr Nitro- oder Salpetersäureestergruppen an einem Kern und Phosgen dürfen nur in Fabriken hergestellt werden, für die hierzu von dem Reichswirtschaftsminister die Genehmigung erteilt worden ist. Die Genehmigung kann unter der Auflage erteilt werden, daß für die Herstellung nur eine bestimmte Anzahl von Apparaten Verwendung finden darf. Die Genehmigung kann zurückgenommen werden, wenn die Auflagen nicht vollzogen werden oder die Herstellung der fraglichen Erzeugnisse länger als sechs Monate unterbleibt.“

Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Gesetzes werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bestraft. Die Untersuchung in Hamburg wird sich darauf erstrecken, ob das Phosgen von Stoltzenberg ohne Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums seit dem Inkrafttreten des Kriegsgerätegesetzes hergestellt worden sei. Bisher ist es unwidersprochen geblieben, daß es sich um Phosgen-Vorräte handelt, die aus früheren Jahren stammen und in Hamburg nur noch aufbewahrt worden sind, um für industrielle Zwecke abgegeben zu werden.

## Was ist Kampfgas?

Von

**Prof. Dr. Rudolf Lennhoff.**

Die Hamburger Gaskatastrophe erweckt traurige Kriegserinnerungen. Unter den vielen Schrecknissen des Krieges gehörten die Kampfgasvergiftungen zu den schrecklichsten. Die Truppenführer sowohl wie die Ärzte standen vor völlig neuen Erscheinungen, mit denen sie sich im Anfang nur schwer abfinden konnten. Bei dem ersten für die Deutschen erfolgreichen Gasangriff größeren Stils in Flandern war der Wind günstig gewesen, beim Feind waren große Verheerungen angerichtet, auf der deutschen Seite hatte man von der Gaswirkung kaum etwas zu spüren bekommen.

Ganz anders im Frühjahr 1915 in Russisch-Polen. Die Vorbereitungen zu einem Gasangriff waren getroffen. Die Fachtruppe in der vorderen Linie wartete günstigen Wind ab. Das dauerte den Befehlshabern hinten zu lange. Der Angriff mußte zu einer vorgeschriebenen Stunde gemacht werden mit der Wirkung, daß der Wind das Gas mit verheerender Wirkung in unsere eigenen Reihen trieb. Noch jahrelang sprach man in dem Regiment, in dem ich selber später Regimentsarzt war, von jenem Schreckenstage. In dem Lazarett, das ich damals leitete, hatte ich Gelegenheit, zahlreiche von den Gaskranken zu behandeln.

Mir selbst war das Krankheitsbild nicht neu. Es deckte sich vollkommen mit Erscheinungen, über die ich durch einen Zufall schon in meiner Assistentenzeit zu beguachten gehabt hatte. Die Erscheinungen des Kampfgases decken sich nämlich vollkommen mit denen, die schon immer bei einer gewissen Art gewerblicher Vergiftung aufgetreten waren, die aber nur verhältnismäßig selten hier oder da ein Arzt zu beobachten Gelegenheit hatte, während sicherlich in den Akten der Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie eine größere Beobachtungsmenge angehäuft ist.

Mein Gutachten in den neunziger Jahren bezog sich auf ein Vorkommnis in einer Klischieranstalt, in der Zink- und Kupferplatten mit Salpetersäure geätzt wurden. Eine Säureflasche war geplatzt, ein in der Werkstatt tätiger Photograph hatte sofort den Fußboden mit Sägemehl bestreut und dadurch das Verkehrteste getan, was zu tun möglich war, nämlich eine massenhafte Entwicklung der gelbbraunen Nitrosegase bewirkt, die von beißendem, stechendem Geruch und nicht einatembar sind. Der Photograph starb denn auch sehr bald unter Erstickungserscheinungen. Hinterher wurden zwei Arbeiter beauftragt, die Reste des feuchten Sägemehls zusammenzufegen und in eisernen Gefäßen vier Treppen herunter auf den Hof zu bringen. Ohne wesentliche Beschwerden zu fühlen, konnten sie den Auftrag ausführen. Aber als sie abends nach Hause gekommen waren, traten bei beiden Erscheinungen von schwerer Atemnot auf. Bei dem einen, der einen weiten Weg zu Fuß nach Hause gemacht hatte, kam es nach zwei Tagen zum Tode, der andere, der fast ruhig verhalten hatte, kam mit dem Leben davon.

Ganz Aehnliches beobachtete man nun bei den Gaskranken im Felde. Dem vor nicht langer Zeit in Utrecht gestorbenen Pharmakologen Professor Magnus, damals noch in Heidelberg, als Stabsarzt der Reserve zur Beschäftigung mit der Gaskrankheit kommandiert, gelang es, das Wesen der Kampfgasvergiftung restlos aufzuklären. Er wies nach, daß das Gas eine Reizung der Bronchialschleimhäute bewirkt, bei der es zu einer erheblichen Flüssigkeitsausschwitzung aus der Blutbahn in die Lungen hinein kommt, derart, daß die Atmungsoberfläche zu gering wird, wodurch dann die Erstickungsanfälle ausgelöst werden. Weiterhin kommt es dann zu Veränderungen im Blute und schließlich zum Versagen des Herzens. Wenn sich der Prozeß etwas länger hinzieht, kommt es öfters auch zu erheblichen Ansammlungen bösartiger Bakterien in den Luftröhrenverzweigungen. Magnus klärte auch auf, woher es kommt, daß in gewissen Fällen bei verhältnismäßig leichten Vergiftungen noch nach einiger Zeit die Erscheinungen bedrohlich werden können, so wie bei dem Arbeiter aus der Klischieranstalt, der den weiten Weg zu Fuß gemacht hatte. Er zeigte uns seinerzeit im Gastuns eine Katze, der er eine verhältnismäßig geringe Menge Gas zu atmen gab. Anfänglich zeigte das Tier keine wesentlichen Krankheitserscheinungen. Dann wurde es aber längere Zeit im Zimmer hin und her gehetzt, und nun wurde es zusehends kurzatmig, bis es sehr bald unter Erstickungserscheinungen verendete. Das Tier wurde geöffnet, Magnus legte die Lunge auf eine Waage, preßte sie dann wie eine Zitrone über einem Glase aus. Es entwich eine ganze Menge Flüssigkeit. Als nunmehr die Lunge wiederum gewogen wurde, zeigte sie nur noch einen Bruchteil des vorigen Gewichts. Es war so gezeigt worden, daß die lebhafte Bewegung zu einer vermehrten Ausschwitzung von Flüssigkeit in die Luftröhrenverzweigungen und in die Lungenbläschen und dadurch zur Ausschaltung der Atmungsoberfläche geführt hatte.

Aus diesen Experimenten ergaben sich denn auch die nötigen Maßnahmen für Vorbeugung und Behandlung. Im Anfang des

## Die Aussprache mit Dr. Benesch

### Weiterreise nach Prag

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benisch hat nach viertägigem Aufenthalte heute Berlin verlassen und ist mit seiner Gattin nach Prag zurückgekehrt. Zur Verabschiedung auf dem Bahnhofe hatte sich Staatssekretär Dr. v. Schubert mit mehreren Herren des Auswärtigen Amtes eingefunden. Ueber die wiederholten Besprechungen, die am Montag und Dienstag zwischen Staatssekretär v. Schubert und Dr. Benesch stattgefunden haben, wird eine offiziöse Mitteilung ausgegeben, die erwähnt, daß Dr. Benesch auch vom Reichskanzler Dr. Marx empfangen worden ist, und dann resümiert:

„Bei den Unterhaltungen konnte erneut festgestellt werden, daß die Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei in den letzten Jahren einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen hat, **daß eine Reihe von aktuellen Einzelfragen sich auf dem Wege der Regelung befindet. Auch in den allgemeinen europäischen Fragen ergaben sich mannigfache Berührungspunkte der Politiker beider Länder, insbesondere die Uebereinstimmung beider Regierungen in dem Ziele, den Wiederaufbau Europas durch nachdrückliche Fortsetzung der Verständigungspolitik zu fördern.“**

*

In der ersten Ankündigung des Berliner Besuches des tschechoslowakischen Außenministers, die durch die „Vossische Zeitung“ erfolgte, ist gesagt worden, daß es Dr. Benesch sowohl in Paris wie in London nahegelegt worden ist, für die Rückreise nach Prag den Weg über Berlin zu wählen und sich hier mit Dr. Stresemann insbesondere über die Frage Mitteleuropas auszusprechen. Diesem Rat ist Dr. Benesch gefolgt. Wenn auch eine Zusammenkunft mit Dr. Stresemann sich nicht hat ermöglichen lassen — die Aussprachen mit Staatssekretär Dr. Schubert, der den noch immer beitätigerigen Reichsaußenminister vertritt, waren sehr eingehend und freundschaftlich. Sie blieben nicht auf die mitteleuropäischen Fragen beschränkt, sondern umfaßten weitere Gebiete der internationalen Politik. Kelloggs Vorschlag eines Kriegs-Aechtungspaktes ist ausführlich erörtert worden, besonders im Zusammenhang mit den Arbeiten des Sicherheitskomitees, dessen Vorsitzender der tschechoslowakische Außenminister ist und der Frage der allgemeinen Abrüstung. Es ist nach dem Inhalt der offiziösen Mitteilung anzunehmen, daß die Beschlüsse des Sicherheitskomitees in den Berliner Unterhaltungen einen sehr breiten Raum eingenommen haben. Ebenso eingehend aber war auch die Aussprache über die Pläne des wirtschaftlichen Zusammenschlusses in Mitteleuropa, über die österreichische und die ungarische Frage und die Auswirkungen der italienischen Politik in Mitteleuropa und auf dem Balkan.

Die Bedeutung der Berliner Gespräche liegt darin, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und der tschechoslowakische Außenminister einmal Gelegenheit zu einem gründlichen Meinungsaustausch über die wichtigsten Probleme hatten, die beide Länder interessieren. Solche persönlichen Aussprachen wirken sich in der internationalen Politik aus, auch wenn sie zu unmittelbaren Ergebnissen nicht geführt haben und auch nicht führen sollten.

## Der litauische Staatskontrolleur unter Anklage

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

rs. **Kowno**, 24. Mai

Gegen den bisherigen Staatskontrolleur im Kammerlitt Moldemaras, Dr. Milgius, der plötzlich seines Amtes enthoben wurde, weil er eine Reihe von finanziellen Maßnahmen der Regierung als Kontrollinstanz der öffentlichen Finanzen nicht decken wollte, ist überraschenderweise die Anklage wegen bewaffneten Aufstandsversuchs gegen das bestehende System erhoben worden. Dieses Vorgehen erregt hier ungeheures Aufsehen. Man nimmt an, daß Woldemaras seinen bisherigen Staatskontrolleur, mit dessen Amtsenthebung die Christlichen Gewerkschaften, deren Führer er ist, endlich zur Opposition abgeschwenkt sind, politisch unmöglich machen will. Daß an den Anschuldigungen gegen Dr. Milgius etwas Wahres ist, hält man in politischen Kreisen für höchst unwahrscheinlich.

0306